

Informationen

Editorial

Von einer historischen Wahl ist in diesen Tagen die Rede. Die Ursache für solch dramatische Formulierungen liegt wohl darin begründet, dass die Erosion der Volksparteien auch in Bayern angekommen ist. Die beiden Volksparteien sind, so der Chefredakteur der Welt, »zu schwach und zu matt, um mehr als ein Fortschreiben des Status quo anzubieten«, ihnen fehlten die Figuren, die Politik verhedderte sich im Klein-Klein. Sicher eine treffende Analyse. Aber was hieße das für uns Freiberufler? Wäre ein Fortschreiben des Status quo angesichts der dunklen Wolken, die in Brüssel aufziehen, nicht ein Riesenerfolg? Wollen wir nicht unser Kammersystem erhalten, unsere freiberufliche Selbstverwaltung schützen, unsere Honorarordnungen selbst festlegen? Fordern wir nicht Qualität vor Preis? Auf unserem Parlamentarischen Abend gab es eine große Übereinstimmung aller Parteien, die Freien Berufe in ihrem Kampf für diesen »Status quo« zu unterstützen. Für uns Freiberufler ist das aber alles keineswegs eindeutig, es ist wahrlich eine Qual der Wahl. Meine Empfehlung für diese »historische« Wahl lautet deshalb: Informieren, Wahlprogramme studieren, abwägen, wer bislang unsere Forderungen aktiv umgesetzt hat oder wer sich realistisch dafür einsetzt. Und Freiberufler zu Mandatsträgern wählen, aktiv und zielgerichtet. ●



Michael Schwarz,
Präsident des
Verbandes Freier
Berufe in Bayern

Verband Freier Berufe diskutiert mit bayerischen Politikern vor der Landtagswahl

Der ländliche Raum im Fokus

Fehlende Digitalisierung und Ärztemangel im ländlichen Raum waren die zentralen Themen beim Parlamentarischen Abend des Verbandes Freier Berufe in Bayern. Vor der Landtagswahl diskutierten Vorstand und Gäste des Verbandes im Bayerischen Hof in München mit Vertretern von fünf politischen Parteien über die Bedeutung der Freien Berufe für die bayerische Wirtschaft und im gesamtgesellschaftlichen Kontext.



Rege Diskussion beim Parlamentarischen Abend des Verbandes Freier Berufe in Bayern: Thorsten Glauber, Michael Schwarz, Katharina Schulze, Dr. Hartmut Schwab, Inge Aures, Dr. Wolfgang Heubisch und Prof. Dr. Hans Theiss.

VF-Präsident Michael Schwarz griff angesichts der jüngsten Entwicklungen in Europa, Deutschland und Bayern Themen auf, die innerhalb und außerhalb der Grenzen des Freistaats für die Freien Berufe von Relevanz sind: Fachkräftemangel, der Erhalt der Selbstverwaltung der sogenannten regulierten Berufe, die in den Fokus der EU-Kommission geraten sind und die Gebührenordnungen. Hier wurde insbesondere der Versuch der EU-Kommission diskutiert, die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure über den Europäischen Gerichtshof zugunsten von mehr Wettbewerb und Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas zu

kippen und damit die Tür zu öffnen, Honorarordnungen zu beseitigen. Weitere Themen: der Umgang mit der Datenschutzgrundverordnung sowie die Skepsis bezüglich Fremdinvestoren in Medizinischen Versorgungszentren.

Schwarz stieß eine rege Diskussion mit den Repräsentanten der Parteien an: Katharina Schulze, Fraktionsvor-

Zitat

»Freiberuflichkeit steht hoch im Kurs. Ausschließlich Freiberufler sorgen für das Plus bei Existenzgründungen.«
 Prof. Dr. Wolfgang Ewer
 Präsident des Bundesverbandes
 Freier Berufe

sitzende für die Grünen im Landtag, *Inge Aures*, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags von der SPD, *Thorsten Glauber*, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Maximilianeum, *Dr. Wolfgang Heubisch*, Staatsminister a.D., für die FDP im Stadtrat von München sowie *Prof. Dr. Hans Theiss*, CSU-Stadtrat in München. *Dr. Hartmut Schwab*, Vizepräsident des VFB und Präsident der Steuerberaterkammer München, moderierte einen insgesamt wenig kontroversen Abend, denn in fast allen Bereichen konnte er große Übereinstimmung der Parteien feststellen. Der große Kontrahent in der politischen Auseinandersetzung war an diesem Tag eher die EU.

Die gewachsene und erfolgreiche Struktur der Selbstverwaltung in den Freien Berufen muss erhalten bleiben, so der einhellige Tenor. Als Begründung wurde dabei auch übereinstimmend angeführt: Das Modell »Selbstverwaltung« entlaste den Staat und trage einen wichtigen Teil zum wirtschaftlichen Erfolg im Freistaat bei, so die Position der CSU. Inge Aures von der SPD führte aus, dass die Ausübung der Freien Berufe in einem EU-Binnen-

markt erhalten bleiben müsse. Die berufliche Selbstverwaltung sei Garant für Qualität und Verbraucherschutz, so die Haltung der Grünen. Schlanke Verwaltung in eigener Verantwortung – aus diesem Grund stehen auch die Freien Wähler hinter der Selbstverwaltung. Die FDP betrachtet die Selbstverwaltung als einen der Grundpfeiler einer liberalen Wirtschaftsordnung.

Beim Ärztemangel im ländlichen Bereich sprach Dr. Wolfgang Heubisch von einer dramatischen Entwicklung bei den Hausärzten. Man dürfe den Zugang zum Studium nicht mehr rein über den Numerus clausus regulieren, so seine Forderung. Prof. Dr. Theiss, Professor für Innere Medizin an der LMU, forderte, mehr Studienplätze einzurichten. Für Katharina Schulze von den Grünen lautet die Lösung, Integrationsmaßnahmen stärker voranzubringen. Thorsten Glauber sprach die Zulassung an, die man den Studienanfängern erleichtern müsse.

Für eine Pflegekammer in Bayern sprachen sich überraschenderweise alle Diskutanten aus. Einzig beim Umgang mit der Datenschutzgrundverordnung gab es unterschiedliche

Meinungen. Der Architekt Glauber wusste von kleinen Betrieben, die ihre Internetseite aus Angst vor hohem Bußgeld abgeschaltet hätten. Während Dr. Heubisch bedauerte, dass Deutschland nicht gleich nach dem Vorbild Österreichs die drohenden Bußgelder ausgesetzt habe, warnte Inge Aures vor Panikmache in diesem Bereich.

Das meistdiskutierte Thema des Abends: die Digitalisierung, die – so die einhellige Feststellung – besonders auf dem Land hinterher hinke. Dem klaren Bekenntnis Heubischs zur Digitalisierung auf hohem Niveau schlossen sich alle Parteien an. Insgesamt müsse die Attraktivität des ländlichen Raums gestärkt werden, insbesondere durch Ausbau der Infrastruktur, ohne dabei die Städte und Metropolregionen aus den Augen zu verlieren.

»Die Freien Berufe müssen gegensteuern. Der Fachkräftemangel ist kein Phantom, wie es manche Medien gerne abtun, und auch kein prognostiziertes Problem in der Zukunft. Er ist bereits Realität«, so VFB-Präsident Michael Schwarz. »Mit der Digitalisierung allein wird sich dieses Problem nicht lösen lassen!« ●

Gedankenaustausch mit Bayerns Innenminister zu Notruf, Notärzten und Polizeiaufgabengesetz

Herrmann will Berufsgeheimnisschutz intensiver diskutieren

VFB-Präsident Michael Schwarz sowie die VFB-Vizepräsidenten Dr. Thomas Kuhn und Dr. Markus Beck trafen im August zu einem Gespräch mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann zusammen. Themen waren das zunehmende Problem der Gewalt gegen medizinisches Personal, die mögliche virtuelle Zusammenlegung der Rufnummern 112 und 116 117, die Sicherstellung des Notarztendienstes und das Polizeiaufgabengesetz.

Dr. Beck berichtete, dass die Ausgaben für Notrufeinsätze enorm gestiegen seien, da die Nummer 112 immer häufiger wegen Bagatellen gewählt wird. Im Bund sei deshalb eine Neustrukturierung der Notfallversorgung geplant, bei der auch eine Zusammenlegung der Rufnummer 112 mit der Nummer des ärztlichen Notdienstes 116

117 geplant sei. Ein Konzept der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns schlage deshalb vor, das Personal dort zu belassen, wo es sitze, also die Leitstellen personell getrennt zu belassen und lediglich eine technische Verknüpfbarkeit durch eine virtuelle Leitstelle zu schaffen, welche die Anrufe durchstelle. Innenminister Herrmann fand

diese Idee einer virtuellen Zusammenlegung der beiden Bereitschaftsdienste prüfungswert und kann sich vorstellen, dies einmal in einem kleineren Bereich zu testen.

Dass in der Fläche kleine Notarztstandorte unterbesetzt sind, ist als Problem bei der Staatsregierung erkannt worden. Auf die Bitte des VFB, in

einem Gutachten die Bedarfsfrage ermitteln zu lassen, hieß es aus dem Innenministerium, dass dafür im nächsten Doppelhaushalt bereits ein Etatposten vorgesehen sei.

Zum Polizeiaufgabengesetz wurde von VFB-Seite darauf hingewiesen, dass die Mitglieder des VFB, insbesondere die Heilberufe, sehr besorgt seien,



VFB-Vizepräsident Dr. Markus Beck, VFB-Präsident Michael Schwarz, Staatsminister Joachim Herrmann, 1. VFB-Vizepräsident Dr. Thomas Kuhn (v.l.n.r.)

da die Möglichkeiten zur verdeckten Datenerhebung größer geworden seien. So könnten sensible Daten von Patienten und Klienten durch das neue Gesetz nicht ausreichend geschützt sein. Herrmann antwortete, dass er den Appell des VFB zum Berufsgeheimnisschutz gerne aufgreife. Wenn die Ärzte Sorgen hätten, was mit ihren Daten geschehe, könne das Innenministerium dies auch gerne in einer Informationsbroschüre darstellen. Er zeigte sich auch bereit einen Ansprechpartner im Innen-

ministerium zu benennen, mit dem ein Austausch stattfinden könne. Außerdem schlug er vor, die Datenbasis von beiden Seiten aus zu erhöhen, insbesondere ob und wie oft diese Fälle vorkommen. Er bot zusätzlich an, zu einer Gesprächsrunde ins Innenministerium einzuladen, bei der auf Arbeitsebene in einem nicht-öffentlichen Informationsgespräch zum Thema Berufsgeheimnisschutz Fragen gestellt und konkrete Fälle besprochen werden könnten. ●

Verband Freier Berufe bei Bayerns Wirtschaftsminister

Pschierer: Freie Berufe leisten entscheidenden Beitrag zu Wohlstand und Wachstum

Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer hat sich beim Präsidium des Verbandes Freier Berufe in Bayern über die Belange von selbstständigen Freiberuflern informiert. Hintergrund ist für Pschierer die steigende Bedeutung der Freien Berufe für den Wirtschaftsstandort Bayern. Pschierer: »Die Zahl der selbstständigen Freiberufler in Bayern ist seit dem Jahr 2000 um 94 Prozent und damit weit stärker als in anderen Wirtschaftsbereichen gestiegen. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zu Wachstum, Wohlstand und auch zu einer Kultur der Selbstständigkeit in Bayern.«

Gleichzeitig ist die Selbstverwaltung der Freien Berufe verschiedenen Gefährdungen ausgesetzt. Gerade vonseiten der Europäischen Union gibt es immer wieder Angriffe auf die berufsrechtlichen Strukturen.

Pschierer: »Die Selbstverwaltung der Freien Berufe durch Kammern, Gebührenordnungen wie auch das Fremdkapitalverbot sichern die Qualität der freiberuflichen Dienstleistungen in Deutschland. Wir werden diese bewährten Regeln gegenüber der EU weiterhin verteidigen. Gerade bei sensiblen, persönlichen und wissensintensiven Dienstleistungen haben sich die Selbstverwaltung und Servicequalität als sinnvoll und notwendig erwiesen«, so der Minister.

Der Zuwachs freiberuflicher Dienstleister in Bayern zeige, dass dadurch auch Wachstum nicht behindert werde. VFB-Präsident Schwarz unterstreicht die Bedeutung der Freien Berufe als

Rückgrat und Infrastruktur der Gesellschaft. »Mit ihrem Wertesystem und ihren Strukturen sind die Freien Berufe ein Garant für Stabilität und Zukunftsfähigkeit. Gerade in einem Flächen-

staat wie Bayern sichern sie mit ihrer Organisation in kleinen Einheiten die flächendeckende Versorgung auch in den ländlichen Bereichen.« ●



Von links: VFB-Ehrenpräsident Dr. Fritz Kempter, VFB-Vizepräsident Karlheinz Beer, Staatsminister Franz Josef Pschierer, VFB-Vizepräsident Dr. Hartmut Schwab, VFB-Präsident Michael Schwarz

Kurz gemeldet

Schwarz: Freie Berufe sind Versorger, keine Verkäufer

● Es herrschen unruhige Zeiten für die Freien Berufe – und damit auch für die Zahnärzte. In Brüssel wird dem grenzüberschreitenden Wettbewerb im Binnenmarkt gehuldigt – alles, was dem entgegenstehe, solle geopfert werden. Freie Berufe und deren Selbstverwaltungen stehen auf dem Index. Immer wieder versucht die EU-Kommission, den Gesundheitsbereich anderen Bereichen gleichzumachen. Die Freien Berufe stemmen sich gegen Deregulierungstrends aus Brüssel. Dazu hat der Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern, *Michael Schwarz*, der Journalistin *Anita Wuttke* ein Interview gegeben. Seine Hauptthesen: Das Patientenwohl, die Gesundheit der Bevölkerung und die Versorgungssicherheit können nicht Wettbewerb und ökonomischen Gesichtspunkten untergeordnet werden: »Wir Freien Berufe und wir Angehörige der Gesundheitsberufe sind keine Verkäufer, sondern Versorger.« Und: »Das konzertierte Auftreten von Handwerk, Gewerkschaften und Freien Berufen hat zu einer gemeinsamen Front beim Dienstleistungspaket geführt.« Das komplette Interview lesen Sie unter: https://www.freieberufe-bayern.de/images/newsletter/newsletter_2018/Newsletter_2018-09.pdf

VFB bei Sozialministerin Kerstin Schreyer



● Vertreter des Präsidiums des Verbandes Freier Berufe in Bayern diskutierten bei einem Gespräch mit Sozialministerin *Kerstin Schreyer* über Themen der Freien Berufe insbesondere aus dem Bereich der Psychotherapeuten, der Physiotherapeuten und der Steuerberater. Dass in Bayern die Arbeitsgerichtsbarkeit dem Arbeitsministerium zugeordnet ist,

soll entgegen anderslautenden Gerüchten nicht geändert werden und keine Zurechnung ans Justizministerium erfolgen, so Ministerin Schreyer. VFB-Vize *Dr. Bruno Waldvogel* bedankte sich für den Beitrag, den das Sozialministerium im Gesetzgebungsverfahren zum Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz geleistet habe. In künftigen Gesprächen mit dem Sozialministerium will Waldvogel eine Kooperation zum Thema Jugendhilfe und Gesundheitswesen vereinbaren und auch eine Kooperation zum Thema seelische Gewalt anbieten. Staatsministerin Schreyer berichtete über die Schwierigkeiten, die sie im Gesetzgebungsverfahren zum Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz hatte. Sie stand vor der schwierigen Abwägung, ein Gesetz mit großen Schwächen ins Kabinett einzubringen, mit der Hoffnung diese Schwächen im Gesetzgebungsverfahren noch beseitigen zu können oder aber das Gesetz nicht einzubringen und dann die vorgesehenen Hilfen in dieser Legislaturperiode nicht gesetzlich regeln zu können.

Gutachten unterstützt Physiotherapeuten

● Das aktuelle Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen empfiehlt die Abschaffung des Schulgelds. Physiotherapeuten stellten außerdem eine zunehmend bedeutsame Berufsgruppe im Gesundheitswesen dar, deren Attraktivität gesteigert werden müsse, so der Gutachter. Deshalb müsse die Behandlung auch stärker als bisher akademisiert und leitlinien-gerecht gestaltet werden. Mit seinen Empfehlungen greift der Sachverständigenrat zentrale berufspolitische Forderungen der Physiotherapeuten auf. Gerade im Hinblick auf den sich zunehmend verschärfenden Fachkräftemangel sieht *Markus Norys*, 1. Vorsitzender der größten berufspolitischen Interessensvertretung für Physiotherapeuten in Bayern, PHYSIO-DEUTSCHLAND, dringenden Handlungsbedarf: »Seit vielen Jahren kämpfen wir genau für diese Themen. Es gibt immer

wieder Signale vonseiten der Politik – aber die Mühlen mahlen zu langsam.« Beim Schulgeld hat das bayerische Kabinett indes bereits reagiert und hat beschlossen, als erstes Bundesland das Schulgeld für diese Berufsausbildungen abzuschaffen. Angehende Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Podologen und Logopäden sollen für ihre Ausbildung in Bayern künftig kein Geld mehr bezahlen müssen. Damit würden die Auszubildenden um mehrere Tausend Euro entlastet: Bis zu 25.000 Euro kostet nach Angaben von Bayerns Gesundheitsministerin *Melanie Huml* derzeit eine Ausbildung zum Physiotherapeuten. »Das ist ein ganz wichtiges Signal«, sagte Ministerpräsident *Markus Söder*. Er sprach von Kosten von 13 Millionen Euro pro Schuljahr. Das Schulgeld soll ab dem zweiten Schulhalbjahr 2018/19 entfallen.

Rund 5,3 Millionen in Freien Berufen tätig

● Die Zahl der selbstständigen Freiberufler ist zwischen Jahresbeginn 2017 und 2018 von 1,382 Millionen auf 1,407 Millionen Personen gestiegen, ein Plus von 1,8 Prozent. Das hat das Institut für Freie Berufe für den Bundesverband der Freien Berufe zum Stichtag 1. Januar 2018 erhoben. Die Gruppe der technisch-naturwissenschaftlichen Freiberufler ist mit plus 3,8 Prozent von 261.000 auf 271.000 Personen am stärksten gewachsen. Es folgen die rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Freiberufler, zu denen nach 379.000 nunmehr 390.000 Personen zählen, eine Zunahme um 2,9 Prozent. Die freien Heilberufe wachsen um 0,7 Prozent von 414.000 auf 417.000 Berufsträger. Bei den freien Kulturberufen steigt die Zahl um 0,3 Prozent von 328.000 auf 329.000 Personen. Eine leichte Zunahme von 0,7 Prozent gab es bei den Auszubildenden. Deren Zahl klettert von 123.100 auf 124.000. In Summe sind 5.298.000 Personen in den Freien Berufen tätig – ein Plus von knapp 3,8 Prozent gegenüber 5.105.100 Personen im Vorjahr.

Termin

● Die Delegiertenversammlung des Verbandes Freier Berufe in Bayern findet am 21. November 2018 im Ärztehaus in der Mühlbauerstraße in München statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Antrag auf Satzungsänderung: Danach sollen zukünftig alle berufsübergreifenden Belange der Angehörigen der Freien Berufe, also auch die Belange der angestellten Angehörigen Freier Berufe vom Verband vertreten werden.

Tipp

● Das Bayerische Innenministerium hat eine Broschüre zum Umgang mit der Datenschutzgrundverordnung herausgegeben: Unter www.dsgvo-verstehen.bayern.de stehen praxisnahe Hilfestellungen, Beispiele, Checklisten und Musterformulare zur Verfügung. Die Kampagne wird zusätzlich durch spezielle Infoflyer bekannt gemacht. Die meistgestellten Fragen und Antworten zur Datenschutzgrundverordnung werden auch auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Datenschutzaufsicht veröffentlicht (www.lda.bayern.de).

Impressum

Ausgabe 4, 19. Jahrgang
ISSN 1438-9320
Herausgeber:
Verband Freier Berufe
in Bayern e.V.
Türkenstraße 55,
80799 München
Telefon 089 2723-424,
Fax 089 2723-413
Gestaltungskonzept, Layout:
engelhardt
atelier für gestaltung
Mühdorf a. Inn
Erscheinungsweise:
vierteljährlich